

GEGENARGUMENTE

MÜNCHEN

www.gegenargumente.de

Sonderausgabe 2008

Über den Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und demokratischem Staatsbürgerbewusstsein

Woher kommt und wie geht Rassismus?

Wenn fanatische Fremdenhasser Schwarze aus U-Bahn-Zügen werfen, Türken drangsaliieren oder Asylantenwohnheime in Brand stecken, dann sind sich verantwortungsbewußte Zeitgenossen von links bis rechts einig: Hier liegt eine *moralische Entgleisung* vor, die zum Bild unserer schönen Demokratie nicht passt und die Gesinnung der „überwiegenden Mehrheit“ keineswegs widerspiegelt. Die Linken warnen vor der Überschreitung aller gültigen Wertmaßstäbe und erinnern – „Wehret den Anfängen!“ – an Auschwitz, eine Konsequenz, vor der das normale Gerechtigkeitsempfinden doch spätestens zurückschrecken müsste. Die Rechten, vor allem die in Amt und Würden, verkünden die Unvereinbarkeit von Rassismus und demokratischem Konsens gleich so, dass Nation und nationale Gesinnung gegen hässliche Weiterungen in Schutz genommen werden. Sie betonen den Unterschied, der zwischen verständlicher „Angst vor Überfremdung“ und verwerflicher, höchstens früher oder anderswo anzutreffender „ethnischer Säuberung“ doch immerhin bestehe; und den Übergang zu Rassismus und Verfolgung Andersartiger – der seit Kriegsende als schlechthin *unerklärlich* galt – möchten sie mittlerweile sogar *jeder Erklärung entziehen*. Wer überhaupt Gründe dafür sucht, warum ganz normalen und braven Staatsbürgern unter gewissen Umständen auch Ausländerjagden und KZ's einleuchten, der soll schon der einzigartigen Unmoral solcher Ereignisse nicht gerecht werden; er setzt sich dem Verdacht aus, in seinem „Rationalismus“ die Unmenschlichkeit verständlich zu finden, letzten Endes also selbst auf dem Sprung zur Massenvernichtung zu stehen. Recht haben beide Parteien nicht. Über die Herkunft des Rassismus Bescheid zu wissen, ist nämlich die Voraussetzung dafür, seinen „Anfängen zu wehren“, statt sich vor dem übernächsten Übergang – der offenbar vorstellbar ist – zu grauen und rückblickend den vorigen Normalzustand des staatsbürgerlichen Gemüts für *noch unverfänglich* zu halten. Und an den Regeln der demokratischen Moral kann sich eine solche Erklärung sowieso nicht blamieren, da sie gerade den Zusammenhang zwischen *Moralität* und deren *Entgleisungen* zum Gegenstand hat.

Rassismus unterstellt eine patriotische Gesinnung: Die Verwandlung der staatlich organisierten Zwangsgemeinschaft in ein nationales Kollektiv

Was den Verteidigern der gewohnten Spielregeln im staatlichen Miteinander nicht auffallen will, ist im Grunde recht einfach. Die Abneigung gegen *nicht* Hierhergehörige, deren Endpunkt das Aussortieren nach rassistischen Kriterien ist, unterstellt ja wohl, dass auf der eigenen Seite eine *Zusammengehörigkeit* reklamiert wird, die in der äußeren Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat, seinem Wirtschaftssystem usw. nicht aufgeht.

a) Wer in Deutschland, Frankreich, Amerika oder sonst wo lebt, findet sich den verschiedensten Zwängen unterworfen, innerhalb derer er in Anspruch genommen wird. Hat er zu wenig Geld, ist er auf Arbeit für andere verwiesen, die ihn nicht gerade bereichert; das verdiente Geld ist allemal genug, um in der Funktion des Steuerzahlers zur Kasse gebeten zu werden; der absehbare Unmut prädestiniert zum Urnengang, wo den Parteien die Auswahl des Regierungspersonals erleichtert wird; gelegentlich steht auch das Strammstehen nebst Heldentod ins Haus, weil die Verteidigung solch prächtiger Lebensbedingungen kaum von der Minderheit erledigt werden kann, die wirklich was davon hat. Und gewiss haben all die-

se objektiven Umstände sowohl Gemeinsamkeiten wie Gegensätze zwischen den beteiligten Individuen zur Folge, die ihren jeweiligen Interessen entspringen. Bloß ist ebenso klar, dass *diese* Zugehörigkeit zu einem wirtschaftlich, rechtlich, politisch vorgegebenen Zwangszusammenhang weder eine sonderliche Ergriffenheit von „nationaler Identität“ noch das Bedürfnis hervorbringt, andere vom „eigenen“ Laden auszuschließen. Dazu gehört schon, sich die *wirklichen* Pflichten eines kapitalistischen Staatswesens – denen man nachkommt, weil von ihrer Erfüllung die eigene Existenz abhängt – als *moralische* Pflichten zu denken, die man verantwortungsbewusst als Beiträge zu einem allseitigen Gemeinschaftswerk übernimmt.

b) Dass es dieses höhere Ganze überhaupt *gibt*, dem dann Staat, Wirtschaft bis hinunter zum „kleinen Mann“ lauter mehr oder weniger ehrenwerte Dienste entrichten, erschließt sich zwar nur dem moralischen Blickwinkel. Aber abgesehen davon, dass ohne solche Überhöhungen die wirklichen Dienste an ihrem Ertrag gemessen und schlecht abschneiden würden – für das Mitmachen im Getriebe ist das falsche Bewusstsein also notwendig –, ist die Vorstellung der „nationalen Gemeinschaft“ oder des „Allgemeinwohls“ auch noch in fataler Weise produktiv.

Forum GegenArgumente

Diskussions-Veranstaltungen
des Konvents der Fachschaften

**Ein Mindestlohn zum Schutz gegen
die Ausbeutung – der Sozialkassen**

Zeit: Mittwoch 16. Juli, 19:30 Uhr

*

Anlässlich der Fußball-EM:
Die schwarz-rot-geile Fußballparty

Zeit: Mittwoch 23. Juli, 19:30 Uhr

Ort: LMU München, Hptgb.
Geschwister-Scholl-Platz 1, Raum A 011,
Erdgeschoss, U-Bahnhaltestelle
Universität

*

Studienkreis Politische Ökonomie

Gelesen und diskutiert wird

**„Das Kapital“
von Karl Marx,
Band I, MEW 23**

Zeit: Jeden Montag seit 5. Mai 08, 19:00h

Ort: LMU München, Hptgb.,
Geschwister-Scholl-Platz 1, Raum C 022,
Erdgeschoss

Sie rechtfertigt die unübersehbaren Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Interessen, die Unterschiede im Verhältnis von Leistung und Lohn, die am Eigentum hängen, die Hierarchie der Berufe und Einkommen vom Standpunkt und im Namen des Gemeinwesens, dass das alles braucht – ein jedes und einen jeden als ehrenwerten Beitrag zum Gelingen des Ganzen. Im Einzelfall mag sich ein jeder persönlich irgendwo ungerecht eingeordnet vorkommen; aber dass die nationale Gemeinschaft für eine Ordnung zu sorgen hat, *in die* jedermann einsortiert gehört: das steht außer Zweifel. Damit erübrigt sich jeder Blick auf die *Mittel*, mit denen verschiedene Sorten Bürger ausgestattet sind und die für eigentümliche *Abhängigkeiten* sorgen: Als *Ordnung*, nämlich von Rechten und Pflichten, die eine funktionierende Gemeinschaft braucht und für die deren Obrigkeit zu sorgen hat, mehr noch: auf die jedes Mitglied, gleich welchen Standes und Stellenwerts, *ein Recht hat*, ist alles anerkannt.

Entlang dieser nationalmoralischen Weltanschauung werden die gesellschaftlichen Verhältnisse beurteilt, Unterschiede entdeckt und Ausgrenzungen vorgenommen: Dieses Rechtsbewusstsein sortiert sich die Welt zurecht.

a) Wenn schon die „Unterschiede“ zwischen Reichen und Armen, Unternehmern und Arbeitern, Grundbesitzern und Obdachlosen grundsätzlich in Ordnung gehen, dann trifft das „Schicksal“, das den einen hier und den anderen dort einordnet, zwar hie und da den Falschen, grundsätzlich aber den Richtigen – zumindest *sollte* es so sein, und das läuft auf dieselbe Überzeugung hinaus: Die national organisierte Auslese und Verteilung der Leute auf die gegebene Hierarchie von „ganz unten“ bis zur „Elite“ ist nicht das, was sie ist, sondern durch den Anspruch definiert, *jedem das Seine* zuzuteilen. Alle Ausnahmen bestätigen die Regel, dass in einer guten Volksgemeinschaft ein jeder das werden soll und letztlich auch wird, was er – „je schon“ – ist. Für diese Überzeugung muss niemand das Erfolgreiche für Millionäre, Schuster oder Politiker entdeckt haben (es langt schon, dass der Wahn, es gäbe so etwas, allemal auf zustimmendes Interesse stößt!). Das Einverständnis mit dem *Ergebnis* gibt den „Rückschluss“ auf die gegebene *Ausstattung* der Individuen her – so dass am Ende der fertige Kapitalismus wie die vollendete Ausschöpfung der natürlichen Vielfalt von Begabungsreserven aussieht. Das ist die erste Spielart des Rassismus: die Interpretation der gesellschaftlichen

Charaktere als natürlich bedingte Unterarten der Gattung Mensch.

b) Auch wenn die gesellschaftliche Welt so etwas wie die natürliche Ordnung der Dinge und Menschen ist, so ist sie doch noch lange nicht in Ordnung. Dem prinzipiell harmonischen Gemeinwesen fehlt es an allen Ecken und Enden an Harmonie: Tarifpartner zanken sich; jeder beschwert sich über irgendetwas; die Parteien sind zerstritten statt einig – was ist da los? Der gute Mensch kennt die Antwort noch vor der Frage: Quer durch alle Stände und Schichten, Geschlechter und Klassen unterscheiden sich die Leute nach ihrer *Gesinnung*, nach dem Pflichtbewusstsein, mit dem sie ihren Platz im Ganzen ausfüllen. Überall gibt es Gute, die der Gemeinschaft dienen und sie zusammenhalten, und Schlechte, die den sozialen Frieden mit ihrem Egoismus stören. Die überflüssige Frage, *warum* es die gibt, ist mit der Tatsache, *dass* es sie gibt, auch schon beantwortet: Genau wie die Begabung zum Schreiner oder zum Mathematikgenie, so liegt der Charakter, wie der Name schon sagt, im Blut. Verbrechen kommt aus der kriminellen Energie; und die hat einer entweder, oder er hat sie nicht. Im Unterschied zu anderen Begabungen geht diese allerdings nicht in Ordnung: Die Unterart der unanständigen Menschen – soweit die zweite Spielart des Rassismus – gehört zur Ordnung gezwungen oder aussortiert.

c) Immerhin gehören selbst die Bösen, gewissermaßen als genetischer Bodensatz, noch zu „*uns*“: zu der Volksgemeinschaft, die sich prinzipiell harmonisch organisiert und jeden an seinen Platz stellt. Anders verhält es sich mit „*den andern*“, auf die der Blick des treuen Genossen der nationalen Genossenschaft – sei es über die Medien, sei es beim Besuch ferner Strände, sei es mitten unter „*uns*“, weil der Staat auch Fremden ein Bleiberecht gewährt – immer wieder fällt. *Fremd* sind die Fremden – nicht, weil sie es mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bei sich zu Hause groß anders halten als „*wir*“, oder weil sie hierzulande etwas Sachfremdes oder Abweichendes tun, sondern weil ihr Pass ihnen die Zugehörigkeit zu einem anderen Volk bescheinigt. *Jener* Gemeinschaft und *deren* Werten sind sie verpflichtet, nicht der hiesigen; *dort* kommt denen zu, was ihnen zusteht – und *was* ihnen zusteht, ist selbst dann etwas völlig anderes, als was der nationale Verein hierzulande seinen ehrenhaften Mitgliedern schuldet, wenn es letztlich doch bloß um ein- und dasselbe, nämlich ums Geld geht: Sogar am Reichtum in seiner abstraktesten Form verblasst der Unterschied, *wem er gehört*, neben der völkischen Unterscheidung zwischen „*unserm*“ und „*deren*“ Geld. So fundamental

ist die ideelle Grenze zwischen „*uns*“ und denjenigen, die – ob arm oder reich, gut oder böse – einfach nicht hergehören.

Sie ist so fundamental, dass noch weniger als bezüglich der inneren Differenzierung des Volkes die Erinnerung an ihren wirklichen Grund am Platz ist. Wer sich die Nation als sittliches Gemeinwesen vorstellt, der ist unendlich weit erhaben über die Tatsache, dass die Scheidung zwischen In- und Ausländern ihren einzigen Grund in der begrenzten Reichweite der staatlichen Gewalt hat. Das zuzugeben, hieße ja, alle moralischen Gesichtspunkte des Einverständnisses mit der Nation und ihrer Gesellschafts-„*ordnung*“ „auf die Füße“ zu stellen, also wegzurufen. Statt als Mitglied einer Zwangsgemeinschaft wähnt der gute Bürger sich in dem vorzüglichen Status, Ehrenmitglied in einem Verein namens „*Volk*“ zu sein, den niemand in dem Sinn gegründet hat – das

www.landplage.de

Marxistische Website

**Jede Woche neue Artikel,
Veranstaltungshinweise
& links**

Volk gibt doch umgekehrt der Veranstaltung, die Staat heißt, erst Sinn und Aufgabe. Unter anderem die, den Verkehr mit fremden Völkern gedeihlich zu gestalten, die genauso absolut und letztlich unableitbar „*anders*“ beschaffen sind – höchstens, dass einzelnen gestattet wird, sich zu „*assimilieren*“ und am Ende, am besten erst in der zweiten oder dritten Generation, welche „*von uns*“ zu werden. Denn zuallererst muss man in so einem Individuum den Ausländer sehen; und wenn man's lieber umgekehrt hält, ist er deswegen immer noch kein Inländer – damit würde man ihm und seiner Volksnatur auch gar nicht gerecht...

Das ist Rassismus in seiner dritten, gründlichsten Spielart: Die Volkszugehörigkeit unterscheidet die Gattung Mensch, noch vor den *Unterarten* der unterschiedlich Begabten und der unterschiedlich Guten, in national verschiedene *Arten*; diese Art hat jeder Mensch, gewissermaßen als seine erste Naturausrüstung, an sich dran und in sich drin. *Wie* krause Haare eben, oder woran immer Zoologen den einen Homo vom andern unterscheiden mögen.

d) Die Ausgrenzung und Verachtung der Fremden stößt auch Leuten, die an der moralischen Gemeinschaftsidee sonst nichts auszusetzen finden, hie und da auf

– weil so etwas ihr *gutes Bild* der Gemeinschaft stört. Sie sind Parteigänger „sinnvoller“ und Gegner „ungerechter“ Unterscheidungen, was ihre Kritik am Rassismus in jeder Hinsicht sehr *bedingt* ausfallen lässt.

Rückblickend gilt es etwa als bedeutender Einwand gegen die Judenverfolgung im Dritten Reich, dass damals ausgerechnet die fähigsten und willigsten Volksgenossen als volksfremd ausgestoßen und vernichtet wurden. Die *Elite des deutschen Geistes* – Physiker, Autoren, Unternehmer, verdiente Weltkrieg-I-Veteranen mit beispielhaftem Nationalstolz – aus reinem „Rassedünkel“ verloren; überaus kritikwürdig! Was dieselben Kritiker wohl einzuwenden wüssten, wenn sich unter den Juden weniger Vorzeigedeutsche befunden hätten?

Vielleicht das, was in der jüngeren Vergangenheit das Bleiberecht von Türken und anderen Südländern so nachdrücklich unterstreichen durfte: dass sie immerhin die *Drecksarbeiten* erledigen – Müllabfuhr und so –, für die sich kein Deutscher mehr hergeben mag? Auch diese Zurückweisung des „Vorurteils“, wonach Angehörige anderer Völker grundsätzlich Verdacht hinsichtlich ihrer Eignung und Gesinnung verdienen, kritisiert den Rassismus nicht. Sie scheidet nur die ungerechtfertigte Aussonderung von der gerechtfertigten, an der auch die Kritiker nicht rütteln mögen.

Am Ende zieht sich die Kritik auf die ganz abstrakten Weisheiten zusammen, die man heutzutage vorwiegend hört: „Ausländer sind *auch Menschen*“, bzw. „Alle Menschen sind Ausländer, *fast überall*“. Das wird diejenigen, die im Menschen den Ausländer und das vor allem dort, wo er nicht hingehört, herauskennen, schwer erschüttern. Und genau genommen unterschreiben solche Sprüche die naturwüchsige Differenz ja auch, die wegen der allerdünnsten „Gemeinsamkeit“ dann nichts weiter bedeuten soll.

Die National-moralische Art der Kritik: Die Verwandlung von Unzufriedenheit in die Suche nach Schuldigen

Rassismus: das ist der polit-moralische, Volks- und andere sittliche Charaktere unterscheidende Blick auf die staatlich durchorganisierte und durchsortierte Menschheit. Er ist das Menschenbild der vaterländischen Gesinnung, daher jedem affirmativen Staatsbürgerbewusstsein immanent; also selber ein Produkt der politischen Zwangsvereinigung, von der er nichts wissen will. Was dieser Blick so alles wahrnimmt und in welcher Schärfe, das bleibt daher nicht unberührt, wenn die zugrundeliegende sittliche Haltung in dem Maße, in dem sie Grund zu nationaler

Unzufriedenheit findet, ihre polemischen Qualitäten offenbart.

a) Seine aktuellen Stichworte entnimmt der Patriotismus stets dem Katalog der Verhältnisse, mit denen einer unzufrieden ist; aus der Unzufriedenheit bezieht er seinen Elan – aus befriedigtem Materialismus dürften wohl die wenigsten bekennende Vaterländer geworden sein. Und da zeigt sich sogleich, dass das Pochen auf Pflichterfüllung und moralische Intaktheit durchaus ein *Anspruchsdenken* ist und nach Taten ruft. Und zwar – denn anders sind Misserfolge braver Bürger und Drangsale, unter denen gute Volksgenossen mitten im heimischen, dem Wohl des Volkes verschriebenen Gemeinwesen leiden, gar nicht zu erklären! – gegen *Schuldige*, die das eigentlich doch für alle gedeihliche Zusammenwirken von Regierung und Regierten, von Investitionen und Arbeitsbereitschaft, von Schule und Elternhaus ... *stören*.

b) Die Figuren, die der beleidigte Patriotismus da *erfindet*, findet er auch zielsicher *auf*. Bei kritischer Betrachtung seiner Volksgemeinschaft fällt ihm an vielen Stellen ein Egoismus auf, der eine ordentliche Sortierung der Leute verfälscht und durchkreuzt, sich unverdient Leistungen der Gemeinschaft ergattert, verlangte Gegenleistungen hingegen schuldig bleibt – und die guten Mitglieder, *alle* Anständigen, sind die Betroffenen. Keinem anerkannten Stand wird damit zu nahe getreten – es gibt sie überall: unter Millionären schmarotzende Spekulanten neben arbeitsplätze-schaffenden Investoren, unter den Obdachlosen unverschuldet in Not geratene Mitmenschen ebenso wie verkommene Subjekte. Solche Unterschiede verblassen allerdings neben der Entdeckung, die manches Mitglied der Volksgemeinschaft immer wieder machen muss: Da gibt es welche, die *überhaupt* nicht hierher gehören. Die „machen sich breit“; nicht, weil sie sich „breiter“ machen würden als andere, sondern weil sie schon zu „breit“ sind, wenn sie überhaupt *da* sind. Unter diesem Gesichtspunkt sind sie an allem schuld, was einen unzufriedenen Staatsbürger stört: *Sie* nehmen den Einheimischen Arbeitsplätze, Frauen und Wohnungen weg; *sie* bringen Durcheinander, Sittenverfall und Rauschgift ins Land; *sie* kriegen reingestopft, wonach ein bodenständiger Bürger entweder gar nicht fragt oder lange anstehen muss... Solche Leute müssen sich gar nicht erst gegen irgendwelche Gesetze vergehen – wenn sie das dann auch noch tun, passt es *bei denen* ins Bild! –, um den aller ersten und grundsätzlichsten staatsbürgerlichen Dienst schuldig zu bleiben, nämlich verantwortliches Mitglied der Volksgemeinschaft zu sein. Ohne Mitgliedskarte, ohne

jedes Recht also. da zu sein, sind sie einfach da und stören schon damit den Gleichklang derer, die sich über gar nichts erst einig werden müssen, um eine einige Gemeinschaft zu *sein*.

Nur gut, dass der sensibilisierte Inländer sie gleich herauskennt – an „Rassemerkmalen“ in dem banalen Sinn zufälliger Äußerlichkeiten, die mit dem polit-moralischen Inhalt des Rassismus, der Scheidung der Leute nach Volksgemeinschaften, gar nichts zu tun haben außer eben dies, dass man die Nicht-Hergehörigen daran herausfindet; deshalb macht es auch gar nichts, wenn man da öfters danebenhaut.

Konrad Hecker

DER FASCHISMUS und seine demokratische Bewältigung

**Gegenstandspunkt
Verlag**

**Augustenstraße 24,
80333 München
Tel 089-2721604**

**Din A 5, 354 Seiten
ISBN 3-929211-02-5**

c) So bringt die Suche nach den moralisch Schuldigen an ungunstigen Verhältnissen im guten Heimatland den staatsbürgerlichen Rassismus auf den Punkt. Natürlich kann der unzufriedene Patriotismus zwischen einheimischen Missetätern und Fremden unterscheiden. Wenn es aber um die intakte Gemeinschaft geht, als welche der Bürger sich seine Nation denkt, dann stellt sich schnell heraus, welche Abgrenzung die fundamentalere ist: Das eine sind die Schweine, die zu „uns“ wie zu jedem Verein gehören und dementsprechend behandelt werden; das andere sind die, die nicht einmal in ihren edelsten Exemplaren die Grundbedingung erfüllen: *dazugehören*. Und sind nicht die einheimischen Störer, jedenfalls die, die der nationalen Harmonie Schaden zufügen, bei näherer Betrachtung „Zugereiste“, die durch ihre außerbayerische Klangfärbung oder ihr unsäsisches Aussehen auffallen – am Ende also: Fremde, jedenfalls volksfremde Elemente? Können umgekehrt

Volksfremde im eigenen Land letztlich etwas anderes sein als eine Störung – auch wenn man es ihnen persönlich vielleicht gar nicht übel nehmen kann.

d) Übelnehmen muss man auf jeden Fall dem Staat, dass er sie zur Störung werden lässt, statt dem Harmoniebedürfnis seines unzufriedenen Volkes durch saubere Sortierung Genüge zu tun. Wer diesen Skandal nicht auf sich beruhen lassen will, der steht an einem Scheideweg. Entweder er gibt sich einen Ruck oder säuft sich Mut an, nimmt mit Gleichgesinnten selbst in die Hand, was die Staatsmacht schuldig bleibt, und demonstriert handgreiflich, wer Herr im Hause ist und wo die andern hingehören, nämlich weg. Allerdings ist das ein Verstoß gegen das staatliche Gewaltmonopol, insofern eine Gesetzeswidrigkeit und deswegen nicht jedermanns Sache. Der weiterführende Weg ist der in die Politik – denn so wirksam wie die öffentliche kann die private Gewalt doch nie werden.

Die Radio-Analyse des GegenStandpunkt

Jeden Montag um 18.45 Uhr

Radio Lora München

UKW: 92,4 MHz

[http://de.groups.yahoo.com/
group/lora-gegenstandpunkt/](http://de.groups.yahoo.com/group/lora-gegenstandpunkt/)

e) Der Übergang zur ausländerfeindlichen Praxis ruft wieder eine Kritik auf den Plan, die ihm seine Notwendigkeit bestreiten will. Dabei handelt es sich freilich – wie beim Unbehagen am rassistischen Sortieren – nicht um *seine* Notwendigkeit, sondern um das, was im Rahmen des nationalmoralischen Weltbilds für notwendig befunden und alternativ auch verworfen werden kann.

Die Polemik gegen die „Überfremdung“, die den Einheimischen das Erlebnis einer intakten Volksgemeinschaft versäuert und somit das Leben zusehends schwerer macht, lässt sich beispielsweise auch umkehren. Kritische Menschen, zumal Linke, verbreiten dann das Idealbild einer „multikulturellen Gesellschaft“ und setzen der Engstirnigkeit des Fremdenhasses die Vorstellung der Bereicherung entgegen, die einem die Begegnung mit ausländischen Bräuchen, Speisen usw.

vermitteln soll. Das schlichte Gegenteil eines Fehlers ist leider selbst einer: Wer die friedliche Koexistenz verschiedener Nationalcharaktere für möglich und wegen ihrer unbeschreiblichen Andersartigkeit sogar für besonders lohnend hält, der *glaubt* ja ebenso fest an die Mär von der „völkischen Identität“ wie die Spießbürger, deren Ressentiments er als vollkommen abwegig abtun möchte.

Das trifft auch für die Spielart des „Multikulti“-Ideals zu, die manche Zeitgenossen statt zu Ausländerfeinden zu *Ausländerfreunden* werden lässt. Individuen mögen ja für den einen oder die andere mehr oder weniger liebenswerte Eigenschaften haben, ihr Ausländersein gehört dazu – genau wie umgekehrt das Dasein als Inländer – jedenfalls nicht. Wer sich das einreden will, beweist nur ein weiteres Mal, dass ihm der besagte Unterschied eben nicht egal, sondern ungeheuer wichtig ist. Nicht aus den erfundenen persönlichen Beweggründen, sondern weil auch Inter-Nationalisten es nicht aushalten, sich die Volkszugehörigkeit, die eigene wie die der andern, anders denn als Auftrag zu moralischer Vorbildhaftigkeit zu denken.

Gemeinsam ist beiden Varianten des alternativen Patriotismus die Verkenning des Rassismus als „Vorurteil“, das jeder sachlichen Grundlage entbehre und von dem die Kritiker sich stellvertretend für andere freimachen wollen. Die *Verfehlung seines Gegenstands* ist nämlich das Letzte, was man einem Rassisten vorwerfen kann, der sich bei seiner Suche nach Schuldigen und der Fahndung nach nicht-völkischen Eindringlingen keineswegs durch die Eigenart seiner *Opfer* beirren lässt. Hier liegen weder „falsche Verallgemeinerungen“ noch eingefleischte Irrtümer vor, die sich durch Erfahrungen oder sachverständigen Einblick in den „Sinn“ auswärtiger Besonderheiten korrigieren ließen. Selbst rassistische Theorien – ohnehin nicht der Normalfall des Ausschlussurteils gegen Fremde – setzen den nationalen Unvereinbarkeitsbeschluss voraus und begründen ihn nicht. Wenn also etwas an der Sache vorbeigeht, sind es z.B. von Rassismusgegnern gern zitierte Ergebnisse der modernen Anthropologie, wonach es gleich gar keine Unterschiede biologischer Menschenrassen *gebe*.

Die Leistung des Rassismus für die Politik und umgekehrt

Die Staatsmacht richtet ihre Politik nicht unbedingt an dem moralisch-affirmativen Vers aus, den ihre Bürger sich darauf machen; aber sie legitimiert sich daran und sorgt damit für die jeweils zeitgemäße Schärfung des „gesunden

Volksempfindens“. Wer von ihr nichts anderes einklagt als die Bedienung des Glaubens, sie hätte keine höhere Aufgabe als die – wenn nötig gewaltsame – Durchsetzung von Harmonie im nationalen Laden, der wird von keinem Politiker abgewiesen; im Gegenteil. Sein Rassismus ist nicht bloß ein Produkt der staatlichen Zwangsgemeinschaft mit ihrem polit-moralischen Gemeinschaftsgeist, er ist auch offiziell gepflegtes staatliches Bekenntnis. Und genauso, wie es den unzufriedenen Staatsbürger zu patriotischen Taten drängt, so greift auch ein Staat, dem es darauf ankommt, zu einer Praxis, die dem Rassismus Recht gibt und ihn sachgerecht zuspitzt.

a) So findet der unzufriedene Staatsbürger mit dem Ausländerhass, den seine patriotische Parteilichkeit ihm eingibt, bei den Machern des Staates allemal offene Ohren. Die hören, zu Recht, nichts als das Echo ihrer Versprechungen heraus, den Nutzen *ihrer* Volkes zu mehren, und haben Verständnis, selbst wenn sie bremsen. Denn genaugenommen ist es ohnehin so, dass die Unzufriedenheit im Volk sich nach Anlass und Stoßrichtung an den „Themen“ orientiert, die die nationale Öffentlichkeit beherrschen; das wiederum bestimmt niemand so nachdrücklich wie diejenigen, die sowieso „das Sagen“ haben. Im Großen und Ganzen ist daher Verlass darauf, dass der Bürgersinn seinen Rassismus in dem Maß mobilisiert, in dem er zur öffentlichen Meinung wird – weniger umgekehrt.

b) Wie sehr das der Fall ist und wie viel politische Tat daraus wird – oder auch: wie weit einer kommt, der mit dem Vorwurf der Volksvergessenheit an die Regierenden die herrschenden Parteien aufmuntert oder eine eigene Partei aufmacht –, das entscheidet sich an den Erfolgen und Drangsalen der Nation, so wie sie von den dazu Berufenen definiert werden. Die Notlagen des Staatswesens, die sie feststellen und ihrem Volk zur Bewältigung auftragen, tangieren dann kräftig die Lebensumstände der verschiedenen Schichten und Stände im Volk, machen gewohnte Techniken und Standards des Zurechtkommens kaputt und sorgen für Unzufriedenheit im Volk. Eben deswegen werden die Bürger in solchen Lagen besonders gut versorgt: Gerade in „schweren Zeiten“ darf die Stimmung im Land nicht durch die Feindschaft beschädigt werden, die Ausländer nun einmal auf sich ziehen, und das ungetrübte Verhältnis zwischen Volk und Führung nicht unter der Provokation leiden, die ein unbereinigtes „Ausländerproblem“ unweigerlich darstellt. Je mehr die nationale Führung sich dazu entschließt, die Moral ihres Volkes für die Bereinigung von Notständen in

Anspruch zu nehmen, die allemal materiell zu dessen Lasten geht, um so klarer stellt sie die Exklusivität des nationalen „wir“ heraus, indem sie nicht ausdrücklich gewünschte Fremde drangsaliert und wegschickt. Ein Staat in Not muss sich auf die fraglose „Solidarität“ seiner Volksgemeinschaft verlassen können; deswegen säubert er sie von störenden Elementen – so, als wäre der Glaube an die unvereinbaren nationalen Menschenarten tatsächlich die Wahrheit. In diesem Sinne *praktiziert* die Staatsmacht, wenn es ihr darauf ankommt, den Rassismus, mit dem ihre Bürger sich eben diese Macht des Staates über sie als ihre „Identität“ einbilden – und den sie deswegen *theoretisch* ohnehin heftig betreut.

c) Denn dass das Volk nur deswegen eines ist, weil darin Menschen von bestimmter Art zu einer ihrer gemeinsamen Art entsprechend unverwüsthlichen Gemeinschaft zusammengeschlossen sind, das ist ebenso fester Bestandteil jeder modernen Staatsdoktrin wie die auf praktische Konsequenzen zielende Schlussfolgerung: dass eine Nation nur dann stark ist und die „Herausforderung“ durch

„schwere Zeiten“ meistern kann, wenn ihr Volk sich auf diese Urteugend besinnt. Die Pflege dieser Volks-Idee muss nicht gleich soweit gehen, dass dem staatenbildenden Insekt namens Arier in Kunst und Wissenschaft Denkmäler gesetzt werden. Zum eisernen Bestand des politischen Denkens gehört aber das „Geschichtsbewusstsein“ mit seiner eigentümlichen Lehre, dass der freie Staatsbürger am ewigen Gängelband der Notwendigkeiten, Ge- und Verbote der Vergangenheit gehalten wird. Dieses Bewusstsein kommt durchaus ohne Wissen aus, aber durchaus nicht ohne Gedenkfeiern, „Haus der Geschichte“ usw. – Veranstaltungen, die die Abfolge von Ausbeutung und Krieg in der Vergangenheit zur Lebensgeschichte einer durch die Generationen hindurch fortlebenden sittlichen Volksgemeinschaft verklären. Auf dieses fiktive Volks-Individuum bezieht jede Nationalideologie, als dessen unveräußerlich-eigentümliches *geschichtliches Recht*, alles, was die *Staatsmacht sich aktuell vornimmt*. Je militanter das Vorhaben, um so mehr handelt es sich da-

bei mindestens um eine historische Mission.

Und um so mehr bekommt, komplementär zum Bild vom eigenen guten Volk, die Andersartigkeit der Fremden ihre spezifischen Züge. Die haben nämlich öfters das Pech, einem nationalen Aufbruch im Weg zu stehen; sei es, weil sie da sind und nicht dort, wo sie hingehören; sei es, weil ihr Staat seinerseits störende Ansprüche an „die Geschichte“ stellt. Man weiß dann schon, welcher mediokre Menschenschlag hinausgesäubert gehört, damit das gute Volk wieder ganz bei sich sein kann. Und wenn es nach außen geht, dann hat ein Staat für seine Feindschaft gegen andere Staaten zwar allemal seine handfesten strategischen Gründe; aber in seiner Abstraktheit gibt das strategische Denken schon alles vor, was das Feindbild dann daraus macht: einen „Schicksalskampf“ zwischen Freiheit und sozialistischem Untermenschentum, zwischen Abendland und islamischem Terrorismus, zwischen europäischer Sittlichkeit und balkan-slavischem Völkerhass...

Der Rassenwahn der NSDAP

Demokratische Politiker geben sehr unbeschwert das Verhältnis zwischen der völkischen Gesinnung, auf die sie sich berufen, ihrer Betreuung derselben und dem Auftrag zur Radikalisierung, den sie daraus entnehmen, zum Besten. Schäuble in einem SZ-Interview: kennt 1. den natürlichen Hang der Menschen, sich nach „nationalen Identitäten“ zu scheiden. „Die Menschen brauchen Identität immer bezogen auf eine zu definierende (!) Gemeinschaft. Sie haben ein Bedürfnis, irgendwo (!) dazuzugehören. Das beißt sich dann mit dem universalistischen Ansatz.“ 2. legt er auf das völkische Zusammengehörigkeitsgefühl wert, weil es eine unverzichtbare Grundlage seiner Politik ist. „Als Bindeglied für die Gemeinschaft reicht das rationale Bekenntnis zu gemeinsamen Verfassungswerten nicht. Weil viele Entscheidungen eben mehr aus der Emotion als aus dem Intellekt begründet sind, brauchen wir ein emotionales Bindeglied: Das ist eben das Wissen (!) um die Grundlagen der Gemeinschaft, der Zusammengehörigkeit – man kann das dann Vaterland oder Nation oder gemeinsame Geschichte nennen.“ 3. kann er insofern die Belastung nachfühlen, die dieses „Gefühl“ durch die Konfrontation mit Angehörigen anderer „Gemeinschaften“ erfährt. „Die Angst vieler Menschen davor, dass wir überschwemmt werden, darf man nicht schüren – aber auch nicht negieren, wenn man ihr entgegenwirken will.“ Weswegen er 4. eine „Ausgrenzungsdiskussion“ vermeidet, indem er sie gleich selbst führt. „Wenn ich Überforderung zulasse, von der ich wissen muss, dass sie die Menschen nicht vertragen..., dann werde ich im Ergebnis das Gegenteil von dem erreichen, was ich will.“

Mit dem Rassenwahn der Nazis hat das alles selbstverständlich nichts zu tun. Oder doch?

Wenn einer beschließt, Politiker zu werden, und sich um die Staatsführung bewirbt, dann ergreift er nicht einen Beruf wie jeden anderen. Staatsmänner lieben ihr Volk – auf ihre Weise: Sie wollen etwas Großes daraus machen. Natürlich schließt das den Glauben daran ein, dass das Volk auch das Zeug dazu hat. Deswegen sagen nationale Führer gern, sie „glaubten an“ die USA, oder Deutschland; auch an Serbien, China, Israel oder die palästinensische Sache kann so einer glauben. Freilich muss der Glaube schon sehr stark sein, wenn das Volk gerade

schlecht drauf ist: verarmt, uneins, gedemütigt, von äußeren Mächten drangsaliert – und im Gegensatz dazu das Projekt des Führers groß dimensioniert.

Hitler hat an das Recht und die Fähigkeit des deutschen Volkes geglaubt, eine Weltmacht – „oder gar nicht!“ hieß seine radikale Alternative – zu sein; und er ist mit diesem Glauben an einer Realität verzweifelt, in der – nach seiner patriotischen Sicht der Dinge, die die meisten seiner Konkurrenten teilten – Deutschland von den Siegermächten kleingemacht und vom internationalen Finanzkapital ausgebeutet wurde und nicht die Kraft zur Gegenwehr fand, weil es an der Basis von Klassenkämpfen, angeleitet durch Kommunisten, zersetzt wurde und in den oberen Etagen durch Intellektuelle, die höhere

Werte als die „natürliche“ Volksgemeinschaft kennen wollten. Genauer gesagt: Er wäre beinahe an seinem Volk irre geworden – hätte er nicht die Lösung entdeckt, über die er sich in seinem Bestseller so unmissverständlich verbreitet hat, dass die zur Zeit so beliebte Theorie von der „Unbegreiflichkeit“ des nationalsozialistischen Antisemitismus fast den Verdacht mangelnden Quellenstudiums nahelegt. Nach allen Regeln des staatsbürgerlichen Rassismus hat er nach Schuldigen an Deutschlands elender innerer Lage gesucht, und er hat für diese Rolle eine passende Besetzung gefunden – schließlich hat er schon geahnt, wonach er suchen musste, und konnte gar nicht fehlgehen: Bei der finanzkapitalistischen Ausbeutung der Deutschen wie bei ihrer inneren Zer-

setzung durch Geist und Bolschewismus – lauter Juden am Werk. Dass Bankiers und kommunistische Klassenkämpfer eher entgegengesetzte Ziele verfolgen – und Literaten noch ganz andere –, ist vom Standpunkt der nationalen Solidarität ohnehin einerlei und erst recht gleichgültig, wenn man weder am Bankgewerbe noch an der Lohnarbeit eine Kritik hat, vielmehr allen Seiten genau dasselbe übel nimmt, nämlich den vorgestellten Schaden, den sie Deutschland zufügen. Und durch die Nicht-Juden unter den diversen Schädlingen ließ Hitler sich in seiner Entdeckung ebenso wenig beirren wie durch nützliche, gar patriotische Juden – nicht anders als ein heutiger deutscher Innenminister sich weder durch nichtausländische Verbrecher noch durch brave Scheinasylanten davon abbringen lässt, die Kriminalität in seinem Staat mit der Abschiebung von Ausländern zu bekämpfen, die sein Asylrecht missbrauchen. Im Prinzip waren die Volksfeinde als Volksfremde erkannt und umgekehrt die Fremden als die Zersetzer. Das gab dem guten Deutschen auf dem Weg zum Gröfaz den Glauben an sein Volk zurück: Es war doch gut und tüchtig von Natur; man musste nur den schädlichen Einfluss seiner undeutschen Einsprengsel eliminieren.

Insoweit nichts als das Einmaleins des ganz normalen staatsbürgerlichen Rassismus.

Die strategische Begutachtung des inneren Feindes – denn dass Deutschland nicht anders als durch Krieg zur Weltmacht werden könnte, war Hitler klar und wichtigster Teil seiner Erlösungsbotschaft an sein Volk – ergab das eigentümliche Bild eines Volkes ohne Staat, kaum unterscheidbar eingenistet in seinen „Gastvölkern“ und dort eben hauptseitig mit „Aussaugen“ und „Zersetzen“ beschäftigt. Dass dies auf den Charakter des jüdischen Menschenschlags schließen ließ, stand für ihn komplementär zum Glauben an sein Volk von vornherein fest und ließ sich zudem mit der Autorität der Geschichte belegen, in der das Volk der überall bloß „Zugereisten“ schon seit 2000 Jahren einen schweren Stand hat. Damit stand die Notwendigkeit eines nationalen Säuberungsprogramms fest, das genausowenig nach individuellen Vergehen gegen die deutsche Volksgemeinschaft fragen durfte wie – um noch einmal auf eine Parallele zu verweisen – die Bereinigung der neuen deutschen Nation von „Wirtschaftsflüchtlingen“ nach einem eventuellen Schaden dieser Leute für den Euro.

Das Verfahren wurde dann in der bekannten Weise eskaliert. Zur Vorbereitung der Volksgemeinschaft auf den

fälligen „Völkerkampf“ wurden zuerst die zersetzenden Machenschaften des inneren Feindes, also Klassenkampf und Intellektualismus bekämpft, Kommunisten und andere Abweichler verfolgt und deren vorgestellter völkischer „Sumpf“: „das Judentum“ als geborener Hort antideutscher Umtriebe, identifiziert, abgesondert, abgegrenzt und mit Berufs- und Vermischungsverboten belegt. Eröffnet wurde die neue Völkerschlacht, noch vor dem Überfall auf Polen, mit der Terrorisierung und Deportation der ewigen „5. Kolonne“ im Land – sehr folgerichtig für einen Staat, der sich anschickt, hinderliche Nachbarstaaten zu erledigen und im Osten „Raum“ nicht bloß zu erobern, sondern für deutsches Leben freizuräumen; der also unter seinen Massen eine hartgesottene Moral braucht, damit sie für Deutschlands Größe Millionen Opfer schaffen und in Kauf nehmen. Immanent ebenso folgerichtig der Beschluss, am Höhe- und Wendepunkt des Weltkriegs die durch Eroberungen ausgedehnte „Heimatfront“ gegen den ein für allemal dingfest gemachten inneren Feind radikal zu bereinigen: Der bürokratisch durchorganisierte Völkermord war die innere Abteilung eines „Befreiungskriegs“ gegen alle, die das gute deutsche Volk an der Weltherrschaft hinderten, zu der es doch berufen war. Dieses bei allem nationalen Größenwahn durchaus durchschaubare – für Patrioten freilich nur allzu einleuchtende! – Programm hat, neben vielen andren Leichenbergen, Auschwitz geschaffen

Im Gedenken an die unselige deutsche Vergangenheit das heutige imperialistische Deutschland adeln!

So aber wollen es weder die Deutschen von oben noch die von unten sehen! Die maßgeblichen Instanzen dieser ach so gemütlichen Republik sorgen sich vielmehr darüber, ihre Bürger könnten in ihrem Heimatgefühl und Gemeinschaftsgeist überfordert sein durch zuviele Ausländer. Da stellt sich doch die Frage, ob nicht die vielen öffentlichen Veranstaltungen zum Gedenken an Auschwitz einen klaren Fall von Überforderung darstellen. Wer möchte denn noch, angesichts solcher nationaler Taten, mit seiner Heimat einverstanden sein, womöglich bis ins Gefühl hinein? Wem gefällt eine nationale Identität, zu deren unveräußerlichem Traditionsbestand ein veritabler Völkermord gehört? Noch schlimmer: Wer mag sich überhaupt noch für das nationale Kollektiv mit Namen „Volk“ hergeben, wenn dermaßen klar ist, was dieser Kollektivismus leistet?

Sorgen dieser Art plagen die bundesdeutschen Politiker nicht. Zu Recht. Ihre Gedenkfeiern stellen weder das deutsche Volk bloß, noch prangern sie die Dummheit und Gefährlichkeit eines patriotischen Gemeinschaftsgeistes an. Im Gegenteil: Sie sind Akte des Glaubens ans schon wieder gute deutsche Volk. Denn in dessen Tradition ordnen sie Auschwitz ein: als die ungeheuerliche Ausnahme von der Regel; als Makel, der von einer an-

Freerk Huisken

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks.

**Rütli-Schulen, Erfurt,
Emsdetten usw.**

VSA – Verlag Hamburg 2007

ISBN 978-3-89965-210-9, 12,80€

175 Seiten

sonsten ganz ordentlichen Weste nicht abzuwaschen geht; als Black-out deutscher Politik, also im Grunde weder deutsch noch Politik. Sie sind eine einzige Anstrengung, jede Identität des damaligen mit dem heutigen Patriotismus zu leugnen, vielmehr den heute geläufigen Rassismus und den kriegerisch zugespitzten von neuem als die extremsten Gegensätze zu deklarieren. Dazu bedarf es nicht einmal vieler Worte, geschweige denn einer Theorie, die in irgendeiner Weise „falsifizierbar“ wäre. Zur Einordnung des Judenmords als Ereignis, das sich quasi von selbst aus dem unverwundlich guten deutschen Wesen ausgrenzt, langt schon die in weihevoller Arrangements gefasste nationale Fassungslosigkeit.

Wie wäre es denn stattdessen mit ein bisschen Befassung, mit dem Begriff der Sache anstelle des Bekenntnisses zu ihrer „Unbegreiflichkeit“? Eben: Dann käme etwas anderes heraus als die „Botschaft für uns Heutige“, um die es bei jeder Traditionspflege geht und auf die die negative Traditionspflege des Auschwitz-Gedenkens auch hinauswill und hinausläuft: dass Deutschland heute besser ist und Auschwitz ein „Auftrag“ – zu was? Zu ziemlich haargenau dem, was diese Nation heute ohnehin treibt und plant; denn das, so versichern die leitenden Damen und Herren, treiben und planen sie im und aus Respekt vor den Opfern von damals. Auschwitz, als „immerwährende Mahnung der Toten an die Lebenden“ in den nationalen Traditionsbestand eingeordnet und als Ethos deutscher Politik nach Hitler jederzeit abrufbar und bei Bedarf angerufen, verbürgt unbezweifelbar

die ethischen Qualitäten des neuen deutschen Staates, seiner Macher wie seiner Mitmacher.

In Wahrheit folgt aus Auschwitz überhaupt nichts. Nichts, was Deutschland heute unternimmt, unternimmt es wegen dem Judenmord der Nazis oder aus Entsetzen davor – weder die freiheitlichste Marktwirtschaft, die es je auf deutschem Boden gab, noch die Säuberung dieses Bodens von unerwünschten Ausländern; weder die Beteiligung noch die Nicht-Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Aus Auschwitz folgt nicht einmal das offizielle Gedenken daran. Das folgt nämlich aus dem aktuellen Bedürfnis der Nation, sich die Distanzierung vom Völkermord des Nazi-Staats als ihr befolgtes Ethos anrechnen zu lassen. Dieser Maßstab wird nicht richtig, wenn sie der Nation als

kritischer Spiegel vorgehalten wird. Der Maßstab der „Vergangenheitsbewältigung“, ans heutige Deutschland und seine Insassen angelegt, misst nichts als die Heuchelei, Tun und Lassen fänden im Gedenken an Auschwitz statt. Er misst einen nationalen Sittenverfall oder „ermutigende Zeichen“ je nach dem, wie viel von dieser Heuchelei der maßnehmende Gutachter gelten lässt. Wo die „Anfänge“ dingfest gemacht werden, denen mit der „Pflicht zum Erinnern“ „gewehrt“ werden soll, das entscheidet ohnehin jeder, der mit diesem Spruch hausieren geht, je nach den Fronten, die er heute aufmachen will. Die Berufung auf Auschwitz ist eben selber nie mehr als die heuchlerische Einkleidung eines Standpunkts, der dadurch ganz gewiss nicht zustande gekommen ist. Und sie ist selbst in ihr Deutschland-

kritischsten Fassung immer gleichbedeutend mit dem Beschluss, sich Kritik an den gegenwärtigen Errungenschaften und Vorhaben der Nation zu schenken – zugunsten des billigen moralischen Vergnügens, dauernd „Schon wieder!“ rufen zu können. Da wären Linke doch besser bei Max Horkheimers Maxime geblieben: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, der soll vom Faschismus schweigen!

etwas geänderter Artikel aus:
GegenStandpunkt 1-95

Forum GegenArgumente

Kritik, die sich auf Argumente stützt, ist schon seit langem ziemlich aus der Mode gekommen. Kritik im demokratischen Kapitalismus ist nur anerkannt und zugelassen, wenn sie sich als eine unverbindliche Meinung unter vielen konstruktiv im Namen des Allgemeinwohls in die Diskussion einbringt. Gefordert ist dabei, dass man sich parteiisch auf den Standpunkt des Kritisierten stellt und sich Alternativen zu seiner Verbesserung ausdenkt.

Das ist unsere Sache nicht !

Wir sehen gar nicht ein, mit lauter gut gemeinten Vorschlägen zum Gelingen der Dinge beizutragen, die wir kritisieren. Soweit sind wir uns nämlich sicher, dass die Kriege und das Elend dieser Welt ihren Grund nicht im Versagen der Politik haben, dass Arbeitslosigkeit, Ausbeutung in den Betrieben, die Verseuchung der Lebensmittel, von der Luft bis zum BSE-Fleisch, keine Missstände sind und der Fremdenhass mancher Untertanen keine eklatante Abweichung vom von allen geschätzten Patriotismus demokratischer Staaten ist.

All das sind notwendige Folgen der Interessen von Staaten und der von ihnen aufrechterhaltenen Marktwirtschaft, in denen es um so was Triviales wie die Versorgung der Leute gar nicht geht, sondern einzig und ausschließlich um deren Funktionalisierung als Arbeitende und Arbeitslose fürs kapitalistische Wachstum.

Weil man diese Ordnung nicht besser machen kann - im Gegenteil, sie funktioniert uns schon viel zu gut ! - haben wir auch keine Verbesserungsvorschläge und keine Ideen für eine alternative Politik. Wir behaupten stattdessen:

Es liegt am System !

Wer darüber mit uns streiten will, der ist eingeladen, zu unserem wöchentlichen politischen Diskussionstermin in München zu kommen. Wir treffen uns mittwochs um 19.30 Uhr, der Ort ist den aktuellen Ankündigungen zu entnehmen. Eingeladen sind alle, die Zeit und Interesse haben.

www.gegenargumente.de

Für Kritik, Themenvorschläge etc. email an: [gegenargumente \[AT\] yahoo.de](mailto:gegenargumente@at.yahoo.de)

Forum Gegenargumente ist eine Veranstaltung des Konvents der Fachschaften der LMU München.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-08

Alter Hunger, Neuer Hunger

Wie Agrargeschäft und Versorgungsnöte zusammengehören und wie sie politisch betreut werden. Ein Lehrstück in Sachen Reichtum und Armut im globalen Kapitalismus

Wie man „Das Kapital“ nicht schon wieder neu lesen sollte

Zur „Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie“ von Michael Heinrich

*Religiöser Fundamentalismus und ein separatistischer Aufstand im Olympia-Jahr,
wie wir ihn mögen:*

Tibet gut, China böse!

Das Kosovo erklärt seine Unabhängigkeit

Ein US-Stützpunkt mit Volk wird Staat

und noch viele andere Artikel

ISSN 0941-5831 148 Seiten €15.–

Ab 13.Juni im Buchhandel erhältlich

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag,

Augustenstr. 24, 80333 München Tel (089)

272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet:

www.gegenstandpunkt.com